

SVP *ja*

SVP

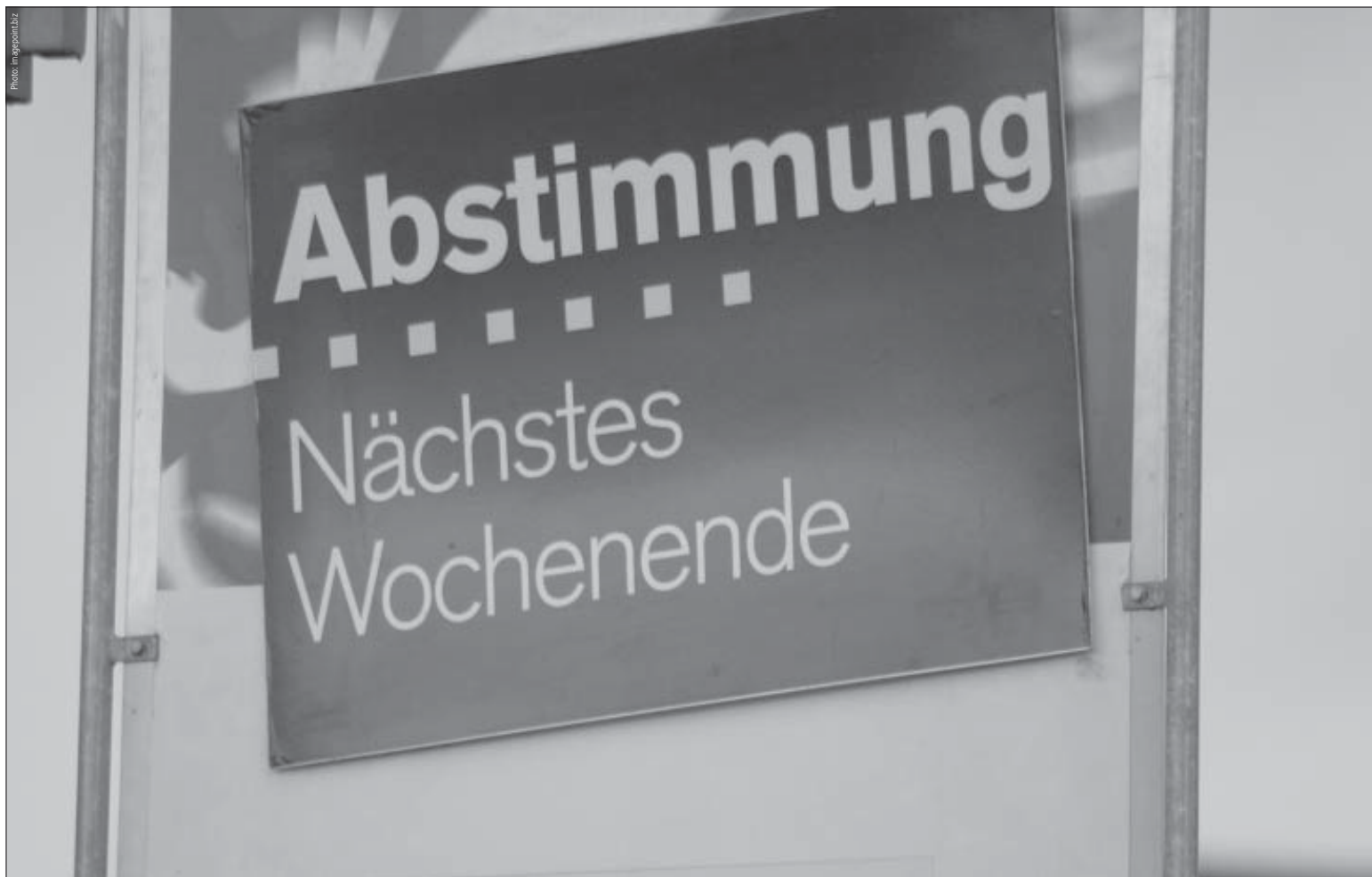
UDC

Freiwilliger Abo-Beitrag
Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Die Zeitung des Mittelstandes

Alle an die Urnen!

Haben Sie schon abgestimmt? Die Eidg. Volksabstimmung vom 28. November 2004 steht unmittelbar vor der Tür! Zur Abstimmung gelangen drei wichtige Vorlagen: Der neue Finanzausgleich (NFA), die neue Finanzordnung (NFO) sowie das Stammzellenforschungsgesetz. Worum es bei diesen drei Vorlagen geht und welches die Argumente der SVP sind, lesen Sie in einer kurzen Übersicht auf der **Seite 4**



Den EU-Beitritt verhindern

Seite 6

Parteipräsident Ueli Maurer zur richtungsweisenden Abstimmung über die Bilateralen Verträge II

Reise-Eindrücke aus Südost-Anatolien

Seite 7

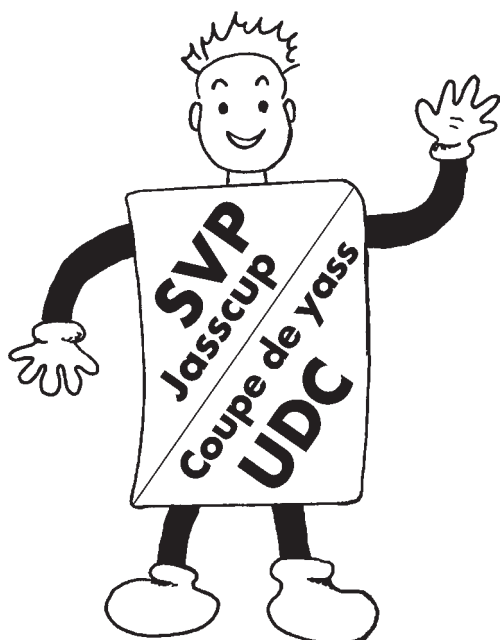
Nationalrat Ulrich Schlüer berichtet in einem Reisebericht über die neuen Schengen-Aussengrenzen

10 Gründe für ein NEIN

Seiten 8 und 9

In einer Übersicht präsentieren wir Ihnen die 10 wichtigsten Argumente gegen Schengen/Dublin

Die SVP Ortspartei Flums und die Bezirkspartei Sarganserland (SG) laden alle Jassfreunde ganz herzlich ein zum



5. Nationalen SVP Jasscup

mit den beiden SVP Bundesräten
Christoph Blocher und Samuel Schmid,
einer Vielzahl von SVP National- und
Ständeräten sowie den Jassexperten
Albert und Helen Hagenbucher

Samstag, 19. Februar 2005

Türöffnung 09.00 Uhr / Beginn 10.00 Uhr

Mehrzweckhalle Flums (SG)

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie viele attraktive Preise!



**Jetzt
anmelden!**

Anmeldetalon

- Schieber** mit zugelostem Partner
- deutschschweizer Karten
 - französische Karten

- Differenzler**
- deutschschweizer Karten
 - französische Karten

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: Mail:

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP - Brückfeldstrasse 18 - Postfach - 3000 Bern 26
Telefon 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail gs@svp.ch - www.svp.ch



Herausforderungen

Und heute gilt's, weil's gestern hat gegolten! Schillers Vorwurf an den Konservatismus zielt keineswegs auf das Bewährte und das als richtig Erkannte wie die Menschenrechte oder die Volkssouveränität. Hingegen ist der Autor des Wilhelm Tell wie immer ernst zu nehmen, wenn er uns dazu auffordert, nie die Tatsache des blossen Bestehens als Grund für die Fortführung eines Gesetzes oder einer politischen Haltung gelten zu lassen. Was gut ist, wird sich in einer freien Diskussion am Ende behaupten, was sich nicht zu behaupten vermag, ist offenkundig überlebt. Die Diskussion darf sich allerdings nicht - wie es all zu oft geschieht - darin erschöpfen, dass wir auf unsere Nachbarn blicken und sagen, es gehe uns immer noch besser. Daran wird zu denken sein, wenn wir uns auf die neue Weltwirtschaft einrichten. China hat sein Bruttosozialprodukt zwischen 1980 und 1995 vervierfacht, sein Wachstum im vergangenen Jahr betrug über 9 %, seine Wirtschaft ist, unter Einbezug der Kaufkraftparität, heute nach der amerikanischen die zweitgrösste der Welt, seine öffentliche Verschuldung erreicht etwa 30 % des Bruttosozialprodukts, die unsere in der Schweiz 50 % bei einem zu vernachlässigenden Wirtschaftswachstum. Wir *drohen* nicht zurückzufallen, wir fallen stündlich *tatsächlich* zurück.

Was tun? Es gibt sehr viele Aufgaben zu bewältigen. Die wichtigste davon ist es, in unseren Köpfen Klarheit darüber herzustellen, dass die Zeiten des ruhigen Genusses der Errungenschaften der Vorfahren definitiv zu Ende sind. Als die Wirtschaft wuchs, der Staat *nicht* überschuldet war und die Steuern *weniger* drückten, lag alles Gold, über dessen Verteilung nun viele Jahre unproduktiv und sinnlos diskutiert worden ist, ruhig in den Tresoren der Nationalbank, genau wie es in einem gesunden Staat zu sein hat, in welchem nicht irgendwelche Prediger dieser oder jener politischen Massnahme soviel Einfluss erreichen können, dass die Nation ans Eingemachte geht und nicht merkt, wie sie zum Gespött der Welt wird. Nun liegt es mir fern, mich hier zur Verteilung der Goldvorräte äussern zu wollen, von Vorräten, die übrigens alles andere als überschüssig sind - wer soll beispielsweise die Folgen eines wirklich grossen Erdbebens aus welchen Mitteln bezahlen? Worum es jedoch gehen muss, ist die Einsicht, dass wir den definitiven Abschied aus dem Spitzenfeld nur vermeiden werden, wenn wir wieder mehr und länger arbeiten. Wir werden vorne bleiben, wenn wir wieder mehr sparen und - im politischen Bereich - die harten Fragen stellen, die allein jene permanente öffentliche Diskussion in Gang halten, welche die Lebenskraft einer Demokratie ständig erneuert. Tun wir das, werden wir, spät, aber immerhin, vor den tatsächlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bestehen.

Bundesrat Samuel Schmid

Wohlfahrtsstaat à gogo?

Immer wieder weist die SVP darauf hin, dass die Eidgenossenschaft über ihre Verhältnisse lebt: Trotz eines Schuldenberges von weit über 120 Mia. Franken sieht der Voranschlag 2005 bereits wieder ein Defizit von rund 2 Mia. Franken vor.

Schuld daran sind namentlich jene nichtlinken Parteien, welche den Sozialdemokraten und Grünen regelmässig zu Mehrheiten verhelfen und die Schweiz so immer weiter ins finanzielle Fiasko führen.

Der Hauptgrund für diese falsche Entwicklung: Dem Staat werden immer mehr Aufgaben aufgebürdet. Dies passiert nicht nur auf eidgenössischer, sondern auch auf kantonaler Ebene. Der kürzlich verabschiedete Entwurf für die neue Zürcher Kantonsverfassung ist ein typisches Beispiel hierfür. Das mit sozialistischen Postulaten gespickte Projekt lässt aus linker Sicht

keine Wünsche offen und hätte Mehrkosten von über 1 Mia. Franken (und damit rund 10% höhere Steuern) zur Folge.

Namentlich in den Bereichen „Öffentliche Aufgaben“ und „Grundrechte“ wird eine Vielzahl neuer Ansprüche an den Staat statuiert, deren finanzielle Auswirkungen erst erahnt werden können. Der Aufgabenkatalog der neuen Zürcher Verfassung ist exorbitant; kaum einen Bereich gibt es, der nicht staatlich geregelt wäre. Bezeichnend ist die Fixiertheit des Verfassungsentwurfs auf Randgruppen: Ausländer, Behinderte, Ar-

beitslose, Menschen mit „anderer sexueller Orientierung“, fremde Religionen oder sonstige Benachteiligte stehen im Zentrum zahlreicher Bestimmungen. Der Staat ist zuständig für den Dialog zwischen diesen Gruppierungen, für deren Integration und für deren Beteiligung am öffentlichen Leben. Er trifft Massnahmen für die Umschulung und Weiterbildung erwerbsloser Personen sowie für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungsaufgaben. Und so weiter, und so fort. Die FDP hat gar einem Artikel zugestimmt, welcher statuiert, dass der Kanton für ein „vielfältiges Arbeitsplatz-



► **Gregor A. Rutz,**
Generalsekretär SVP

und Lehrstellenangebot“ zuständig ist. Früher gehörten solche Postulate noch ins Kapitel „Planwirtschaft“.

Es ist höchste Zeit, dieser gefährlichen Entwicklung auf allen Ebenen entgegenzutreten. Mit der Präsentation von konkreten Sparvorschlägen im Umfang von über 4,7 Mia. Franken an den Bundesratsparteien-Gesprächen hat die SVP den ersten Schritt gemacht. Welche andere Partei folgt uns? ◀



Finanzausgleich NFA

Worum geht es?

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) hat zum Ziel, einerseits die Finanzströme zwischen dem Bund und den Kantonen zu entflechten (Aufgabenentflechtung). Andererseits soll sie verhindern, dass sich die Schere zwischen armen und reichen Kantonen noch weiter öffnet.

Deshalb sagt die SVP ja zur NFA

Die SVP hat mit 35 JA- und 22 NEIN-Stimmen bei 3 Enthaltungen die JA-Parole beschlossen. Die Argumente:

- ▶ Der Reformbedarf ist klar vorhanden: Im heutigen Finanzausgleich fliesst nur Geld vom Bund in die Kantone, wenn diese auch Geld ausgeben. Dies hat zu falschen Anreizen geführt. Mit der NFA wird das umgekehrt. Künftig richtet sich der Finanzfluss nicht nach den Ausgaben eines Kantons, sondern nach dessen tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten.
- ▶ Bei einer Ablehnung droht eine materielle Steuerharmonisierung und damit steuerliche „Gleichmacherei“ aller Kantone. Damit würden die Kantone zu reinen Vollzugsanstalten des Bundes degradiert.
- ▶ Trotz besserem Finanzausgleich bleibt der gesunde steuerliche Wettbewerb bestehen unter den Kantonen bestehen.
- ▶ Die Neugestaltung des Finanzausgleichs ist nicht perfekt, aber immer noch besser als die heute geltende Regelung.

Neue Finanzordnung NFO

Worum geht es?

Die Kompetenz des Bundes zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer ist in der Bundesverfassung bis zum Jahr 2006 befristet und soll mit der Vorlage einer Neuen Finanzordnung (NFO) bis 2020 verlängert werden. Mit der Vorlage werden aber auch der Höchstsatz für die Unternehmenssteuer gesenkt und die Kapitalsteuer formell abgeschafft.

Deshalb sagt die SVP ja zur NFO

Die SVP hat mit 40 JA- und 11 NEIN-Stimmen die JA-Parole beschlossen. Die Argumente:

- ▶ Der Bund erhält mit der NFO die Möglichkeit, die eingangs erwähnten Steuern befristet bis zum Jahr 2020 einzuziehen. Die Linke hat sich ohne Erfolg gegen diese Befristung gewehrt.
- ▶ Dank der Befristung bis 2020 wird die Mitte-Links-Koalition im Parlament zu einer gewissen Ausgabendisziplin gezwungen.
- ▶ Die Zeit bis 2020 kann jetzt von den Bürgerlichen genutzt werden, um sich Gedanken über Alternativen zur direkten Bundessteuer zu machen.
- ▶ Ohne die Einnahmen aus MWST und direkter Bundessteuer ginge der Bund im Jahr 2007 Bankrott. Diese Steuern bringen dem Bund jährlich rund 30 Milliarden Franken. Es wäre kaum möglich, diesen gewaltigen Betrag bis Ende 2006 einzusparen.

Stammzellenforschung

Worum geht es?

Die Stammzellenforschung ist mit der berechtigten Hoffnung verbunden, eines Tages bei schweren oder heute unheilbaren Krankheiten wie Diabetes, Alzheimer, Parkinson usw. Behandlungsfortschritte erzielen zu können. Mit einem neuen Gesetz soll die Forschung an embryonalen Stammzellen in der Schweiz geregelt werden.

Deshalb sagt die SVP ja zur Stammzellenforschung

Die SVP hat mit 38 JA- und 4 NEIN-Stimmen die JA-Parole beschlossen. Die Argumente:

- ▶ Die SVP anerkennt, dass sich die Forschung an menschlichen, embryonalen Stammzellen in einem ethisch heiklen Bereich bewegt. Doch mit den damit zu erzielenden Erfolgen kann schwer kranken Menschen geholfen werden. Das ist ein ethisch ebenfalls wichtiges Ziel.
- ▶ Es dürfen nur Embryonen verwendet werden, die bei der künstlichen Befruchtung „überzählig“ geblieben sind. Nach Ansicht der SVP macht es mehr Sinn, diese der Forschung zugänglich zu machen als zu zerstören.
- ▶ Der Forschungsstandort Schweiz nimmt heute weltweit einen Spitzenrang ein. Ein totales Forschungsverbot an Stammzellen hätte zur Folge, dass die Schweiz in einem zentralen Wirtschaftsbereich in die Bedeutungslosigkeit rutschen könnte und diese Forschung ins benachbarte Ausland verlagert würde.



Sanierung der Invalidenversicherung

Seit 1980 nimmt die Zahl der Personen, die eine Invalidenrente beziehen, konstant zu. Die Schweiz ist das Land mit dem höchsten Anteil an Invalidenrentenbezügern. Ihre Zahl ist von 175'000 im Jahr 1992 auf 271'000 im letzten Jahr gestiegen. Das will heissen, dass unterdessen eine Person von 20 im erwerbsfähigen Alter eine Invalidenrente bezieht.

Diese konstante Zunahme in den letzten Jahren hat zu einer dramatischen Verschlechterung der finanziellen Lage der Invalidenversicherung (IV) geführt. Die Situation lässt sich wie folgt zusammenfassen: **jünger, früher, länger und deshalb teurer.**

Die Entwicklung in den Jahren 1999 bis 2003 zeigt eine überdurchschnittliche Zunahme von IV-Bezügern im Alter von 35 bis 54 Jahren sowie von Personen auf, die aufgrund psychischer Faktoren eine Rente zugesprochen erhalten (etwa 40 Prozent der neuen Renten).

Allein diese paar Feststellungen reichen aus, um sich ernsthafte Fragen zur Funktionstüchtigkeit des Systems zu stellen. Sie lassen auch keine Zweifel zu, dass es höchste Zeit ist, das Steuer herum zu reissen. Die sehr unterschiedlichen Prozentsätze an IV-Bezügern von einem Kanton zum andern sind ein weiterer klarer Hinweis dafür, dass mit dem System etwas nicht in Ordnung ist: Während in Basel-Stadt 8,8 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter eine IV-Rente beziehen, sind es in den Kantonen Nidwalden und Zug gerade mal 3,5 Prozent. Diese Zahlen müssen auch mit der Dichte der medizinischen Versorgung der jeweiligen Regionen in Zusammenhang gebracht werden: Je höher die Zahl der Ärzte, desto höher die Zahl der Kranken und Invaliden. Beunruhigend ist

auch der Anteil der IV-Bezüger aus psychischen Gründen: Ein IV-Rentner von drei in der Schweiz bezieht seine Rente wegen psychischer Faktoren.

Abgesehen vom bisher Gesagten und der Tatsache, dass die IV oft als Ventil missbraucht wird, um eigentlich arbeitsfähige Personen bequem in eine frühzeitige Pension schicken zu können, gibt der hohe Anteil ausländischer IV-Rentner zu denken. Laut der IV-Statistik 2003 machen die in der Schweiz lebenden Ausländer mit einem zugesprochenen Recht auf eine IV-Rente 26,1 Prozent aller IV-Bezüger aus. Dies entspricht einem Betrag von 75,5 Mio. Franken. Dazu kommen weitere 35 Mio. Franken, die an Personen im Ausland ausbezahlt werden. 75 Prozent dieser IV-Bezüger (29 Mio. Fr.) sind Ausländer, denen die Rente ausbezahlt wird, ohne dass die Kaufkraft der jeweiligen Länder berücksichtigt wird.

Die Folgen

Während die IV in den Jahren 1988 bis 1992 noch „hellschwarze“ Zahlen geschrieben hat, schreibt sie seither jedes Jahr immer tiefere Zahlen: Das Defizit erreichte 2002 einen Rekord hohen Betrag von 1,2 Mrd. Franken, während die Verschuldung gleichzeitig auf 4,5 Mrd. Fr. stieg. Und das ist noch lange nicht das Ende.

Es gilt also, unverzüglich drastische Massnahmen zu ergrei-

fen, um das Ganze wieder ins Lot zu bringen. Im Rahmen dieser Massnahmen muss die IV als System an und für sich neu überdacht werden. Weitere Schritte, die sich aufdrängen, sind: eine komplette Neudefinierung des Begriffs Invalidität, die strikte Anwendung des Grundsatzes „Reintegration hat Vorrang vor einer Rente“, einheitliche Handhabung für die ganze Schweiz, eine auf 5 Jahre erhöhte Beitragsdauer für den Anspruch auf eine IV-Rente, verstärkter Kampf gegen Missbräuche und abschreckende finanzielle Sanktionen in Fällen der Verweigerung einer Reintegration in die Arbeitswelt, Neuüberprüfung der Dossiers, die in den letzten 10 Jahren zur Zusprechung einer IV-Rente geführt haben. Ziel dieser Massnahmen ist es, die Zahl der neuen Rentner deutlich zu verringern, und zwar nicht nur um 10 Prozent, wie es der in die Vernehmlassung geschickte Entwurf vorsieht.



► Nationalrat Guy Parmelin, Bursins (VD)

Die berufstätige Bevölkerung dieses Landes, welche mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement im Dienste der gesamten Gesellschaft für den Wohlstand der Schweiz sorgt, ist nicht mehr bereit, Entgleisungen hinzunehmen, wie sie in den letzten Jahren bei der IV vorgekommen sind. Sie ist aber bereit, sich mit jene Menschen, die gesundheitlich nicht wieder gut zu machen die Schäden davon getragen haben, weiterhin solidarisch zu zeigen. Im Gegenzug will sie jedoch konkrete und effiziente Massnahmen im Kampf gegen jede Art von Missbrauch, der diesen unabdingbaren Zweig des schweizerischen Sozialsystems in Gefahr bringt. ◀

Den EU-Beitritt verhindern

Einmal mehr steht die Schweiz vor brisanten aussenpolitischen Entscheidungen. Nach der Vorlage über den EWR vom 6. Dezember 1992 steht uns mit Schengen/Dublin erneut eine für unser Land richtungsweisende Abstimmung bevor.

Beinahe 12 Jahre sind es her, seit die Schweiz den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ablehnte. Der EWR wurde nicht zuletzt deshalb verworfen, weil ihn der Bundesrat zum „Trainingslager“ der Schweiz für die EU erklärte und er in einem ehrlichen Moment - mit der Deponierung eines EU-Beitrittsbuches in Brüssel seine wahre Absicht erkennen liess. Auch die Initiative „Ja-zu-Europa“, welche die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU verlangte, wurde 2001 mit 77 % Nein-Stimmen in Grund und Boden versenkt. Damit ist klar, dass das Volk keinen EU-Beitritt will und an der Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes festzuhalten gedenkt. Trotzdem hält der Bundesrat nach wie vor an seinem EU-Beitrittsziel fest und hat bis heute das Beitritts-gesuch nicht zurückgezogen.

Schlecht verhandelt

Die SVP hatte als Alternative zum EWR stets bilaterale Verträge mit der EU gefordert. Dazu steht die SVP auch heute noch. Doch dies heisst nicht, dass deshalb einfach allen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU vorbehaltlos zuzustimmen ist. Obwohl nämlich die Bilateralen I aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu bewerten sind, so müssen wir feststellen, dass wir ohne Unterwürfigkeit und vorauseilenden Gehorsam des Bundesrates weit bessere Verträge hätten abschliessen können. Neben den Problemen bei der Personenfreizügigkeit räumt nun nach jahrelanger Schönmalerei etwa auch das

Bundesamt für Verkehr endlich ein, dass uns das Landverkehrsabkommen Probleme bereitet und die Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene nicht funktioniert. Heute fahren - bzw. stauen sich - rund 1,1 Millionen Lastwagen über die Schweizer Alpenrouten und im Jahre 2015 sollen es gemäss einer Studie des Bundes bereits 1,5 Millionen sein. Dabei liegt das im Alpenschutzartikel vorgeschriebene Verlagerungsziel bei 650'000 Fahrten. Und dies obwohl man seit Jahren daran ist, sündhaft teure Infrastrukturen für den Transport von Gütern auf der Schiene aufzubauen.

EU-Beitritt wird vorbereitet

Für Bundesrat Deiss war nach Abschluss der Bilateralen Verträge I klar, dass man nun das EU-Projekt angehen könne. Sämtliche Nachteile - von der SVP von Anfang an kritisiert - werden seither einfach in Kauf genommen, um den EU-Beitritt zu beschleunigen.

Konnten mit den Bilateralen I immerhin wesentliche Interessen der Wirtschaft befriedigt werden, so kann dies vom zweiten bilateralen Paket beileibe nicht mehr behauptet werden. Angesichts der überwiegenden Nachteile, welche die 9 zur Diskussion stehenden Dossiers unserem Land bringen werden, wird noch deutlicher, dass die Bilateralen II - wie Bundesrätin Calmy-Rey sagte - lediglich „den Boden für den EU-Beitritt bereiten“. Insbesondere das Dossier Schengen/Dublin dient ausschliesslich dazu, Hürden gegenüber der EU ab-

zubauen und den Beitritt weiter voranzutreiben. Schengen/Dublin ist der am weitesten gehende Vertrag, den die Schweiz je mit der EU abgeschlossen hat. Unser Land würde damit gezwungen, die Grenzkontrollen abzuschaffen. Grenzkontrollen sind jedoch die wirkungsvollsten Massnahmen, um zu verhindern, dass Kriminelle, illegale Einwanderer und Schwarzarbeiter ungehindert ins Land kommen können. Nicht zu vergessen ist dabei, dass die ebenfalls vorgesehene Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen EU-Mitgliedstaaten die illegale Einwanderung und generell Migrationsbewegungen in unser Land massiv verstärken werden.

Im Jahre 2003 wurden vom Grenzschutz mehr als 100'000 Personen an der Grenze zurückgewiesen und etwa 35'000 der Polizei übergeben. Solche Personen werden inskünftig ohne weiteres in die Schweiz einreisen können. Die anstelle der Grenzkontrollen zur Verfügung stehenden, innerstaatlichen Ersatzmassnahmen stehen in unseren Nachbarstaaten z. T. bereits unter Beschuss. Die EU-Kommission hält gerade eine der wichtigsten dieser Ersatzmassnahmen, die Schleierfahndung, für unzulässige Grenzkontrollen durch die Hintertür und fordert deren Abschaffung. Da erstaunt es auch nicht, dass die Mitgliedstaaten bei jedem grösseren Ereignis wiederum Grenzkontrollen einführen wollen. Trotzdem verkaufen Bundesrat und Verwaltung Schengen/Dublin wider besseres Wissen seit Jahren als Sicherheitsprojekt.

Entgegen seinen Aussagen von 1999 behauptet heute der Bundesrat auch, Schengen bringe keinen Souveränitätsverlust. Die automatische Übernahme des bisherigen und künftigen EU-Rechts und ebenso wenig die damit verbundene Beschneidung unserer Volksrechte, soll wohl dazu dienen, das Volk auf seine verminderten Rechte innerhalb der EU vorzubereiten.

EU-Beitritt verhindern

Trotz der weitreichenden und richtungsweisenden Bedeutung des Schengen/Dubliner Abkommens hat es der Bundesrat - aus Angst vor dem Ständemehr - unterlassen, dieses dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.. Lediglich das Volk soll - nach Ergreifen des fakultativen Referendums - Gelegenheit erhalten, sich zu diesem Vertrag zu äussern. Für den Fall, dass auch das Parlament das Referendum nicht für obligatorisch erklärt, hat die SVP das Ergreifen des Referendums beschlossen. In diesem Falle werden wir nach der Beratung der Bilateralen II während der Wintersession voraussichtlich im kommenden Januar mit dem Sammeln der erforderlichen 50'000 Unterschriften beginnen, damit das Volk im Verlaufe des nächsten Jahres über Schengen/Dublin abstimmen kann.

Wie damals beim EWR geht es auch bei Schengen/Dublin darum, den EU-Beitritt in Raten zu verhindern. Einmal mehr kommt diese wichtige Aufgabe allein der SVP zu. Wir sind deshalb alle gefordert. Helfen Sie mit, uns gegen diesen unheilvollen Vertrag und für unser Land einzusetzen. ◀

**Nationalrat Ueli Maurer,
Parteipräsident SVP**



Südost-Anatolien: Neue Schengen-Aussengrenzen

Der Grundsatzentscheid ist gefallen: Die Türkei, so haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder festgelegt, soll Vollmitglied der Europäischen Union werden. Die Aufnahme-Verhandlungen sind bereits programmiert.

Niemand, der sich je in dem von Touristen äusserst selten besuchten Südost-Anatolien aufgehalten hat, käme ernsthaft auf die Idee, ausgerechnet in diesem, von schroffen Gebirgszügen geprägten, von tiefen, wilden Schluchten durchfurchten, von unendlich scheinenden, oft gefährlichen Passstrassen durchquerten, vom majestätischen Ararat überragten Bergland eine Schengen-Aussengrenze zu ziehen. Eine Grenze, an der gemäss Schengen-Doktrin künftig «Europa zu sichern ist». Wenn die Türkei aber EU-Mitglied wird, wird die Schengen-Aussengrenze durchs kurdische Gebirge verlaufen.

Hunderte von Kampfpanzern

Wer die Schluchten und Pässe durch das kurdische Gebirge in Südost-Anatolien heute befährt, dem sticht sofort die dort äusserst massive Präsenz der türkischen Armee in die Augen. Entlang der armenischen, der asarbaidschanischen, der iranischen, der irakischen, schliesslich der syrischen Grenze wird man etwa alle dreissig Kilometer von einer militärischen Sperre aufgehalten. Man hat sich auszuweisen, Herkunft, Reiseroute, Reiseziel, Reisezweck immer wieder zu rapportieren. Häufig begegnet man zudem mächtigen 8x8-Radpanzern. Und immer wieder erblickt man Unterstände, wo Hunderte modernster Kampfpanzer bereitstehen. Dazu ebenso viele Militärlastwagen. Man dürfte wenige Gebiete

auf der Erde antreffen, wo stärkere Militärpräsenz von Auge sichtbar ist.

Unwegsames Grenzland

Natürlich: Südost-Anatolien ist Kurden-Gebiet. Da operierte jahrelang die PKK. Derzeit – seit der Gefangennahme Abdullah Öcalans durch die türkischen Sicherheitskräfte – herrscht ein Waffenstillstand. Aber völlig unter ihre Kontrolle brachte die türkische Armee dieses unwegsame, gebirgige Grenzland nie. Trotz massivstem Militäreinsatz. Weil sich die PKK, wenn die Lage für sie brenzlich zu werden drohte, immer wieder über die Grenze in die Kurden-Regionen im Irak und im Iran zurückziehen konnte. Die irakische Grenze hat die türkische Armee bei der Verfolgung der PKK mehrfach überschritten, Operationen auch im Nachbarland geführt. Trotzdem: Diese südost-anatolische Grenze je abzusichern, erwies sich für die türkische Armee trotz keine Kosten scheuendem Mitteleinsatz als ein Ding der Unmöglichkeit.

Jetzt aber wollen Brüssels Bürokraten mit einem einzigen Federstrich ausgerechnet diese Grenze zur «Schengen-Aussengrenze» erklären. Im dortigen Felsgebirge soll Europa dereinst aus Asien nach Westeuropa drängende illegale Einwanderer abhalten...

Mitunter trifft der Reisende am Fuss des Ararat auch auf geradezu biblisch anmutende

Szenen: Urtümliche Landschaften, nomadisierende Hirten mit grossen Herden in staubiger Steppe.

Sichtbarer Wohlstand

Wer allerdings glaubt, er treffe in Südost-Anatolien bloss Armut an, der täuscht sich gründlich. Auffallend ist der rege Strassenverkehr im Grenzgebiet. Hunderte von kleineren und grösseren Lastwagen sind unterwegs. Seltsam nur: Die Ladebrücken dieser Lastwagen sind sehr oft leer. Ladungen werden kaum transportiert. Um so mehr stehen die auffällig grossen Treibstofftanks, links und rechts unter der Ladebrücke montiert, ins Auge. Alsbald realisiert man: Das Transportgut dieser Laster befindet sich in diesen Treibstofftanks. Die Laster fahren leer in den Iran, teils auch in den Irak. Sie kehren mit vollen Tanks, vielen hundert Litern Treibstoff zurück. So lange die Tanks mit dem Motor verbunden seien, sei dies legal. Werde es wenigstens geduldet, erfährt man auf hartnäckiges Nachfragen.

Kurz nach der Grenze, auf der türkischen Seite, wird umgetankt. Leer geht es zurück in den Iran. Immerzu. Benötigt man fürs eigene Fahrzeug Treibstoff, so fährt man zum Tanken keineswegs an eine Tankstelle. Der Chauffeur kennt immer irgendwo einen Schopf auf freiem Feld. Dort wird aus Kanistern getankt. Zu einem Preis, der einem Zehntel des offiziellen Benzinspreises entspricht. Das Ben-

zin ist übrigens von erstklassiger Qualität. So wird der Wohlstand in Südost-Anatolien erklärbar: Die Menschen leben vom Treibstoffschmuggel. Alle wissen von diesem Schmuggel. Alle tanken bei den Schmugglern. Selbst die Armee tankt geschmuggelten Diesel...

Im Visier der Bürokraten

Der Grossteil des geschmuggelten Treibstoffes wird allerdings in grosse Tanklastwagen umgeladen. Für eine lange Fahrt westwärts, wo gute Preise winken.

Diesem grossaufgezogenen, offensichtlich wohlorganierten Treibstoff-Schmuggel über die türkisch-iranische und die türkisch-irakische Grenze verdankt die ganze Region ihren Wohlstand. Ob man zu Brüssel ernsthaft glaubt, diese Wohlstandsquelle durch bürokratische Festlegungen je verschliessen zu können? Indem man die Grenze im unwegsamen kurdischen Gebirge kurzerhand zur «Schengen-Aussengrenze» erklärt? Ein Träumer, wer solches ernsthaft glaubt.

Ein Verbrecher aber, wer sichere, von Grenzvächtern im Dienste der Öffentlichkeit gesicherte Grenzen zur ungehinderten Passage durch jedermann freigibt, der Öffentlichkeit dabei vorschwatzend, die Sicherheit werde fortan an der «Schengen-Aussengrenze» garantiert – zukünftig irgendwo im fernen Kurdistan, an der unwegsamen türkisch-iranischen und türkisch-irakischen Grenze, wo fast die ganze Einwohnerschaft vom Schmuggel lebt. ◀

Reise-Eindrücke von Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach ZH

10 Gründe für ein

1. Nein zur Abschaffung der Grenzkontrollen

Erstes und wichtigstes Ziel von Schengen ist die Abschaffung der Grenzkontrollen. Das Übereinkommen erlaubt keine systematischen und verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an der Grenze allein aufgrund der Tatsache, dass jemand die Grenze überschreitet. Mit Schengen werden die traditionellen Personenkontrollen an die Aussengrenzen der EU verlagert und dort angeblich massiv verstärkt. Doch trotz hoher Investitionen ist es bis heute nicht gelungen, die Aussengrenzen der EU genügend zu sichern. Die EU-Osterweiterung wird diese Problematik noch verschärfen. Auch die Mittelmeerstaaten Griechenland, Italien, Frankreich und Spanien sehen sich z. T. überfordert, ihre jeweilige Mittelmeerküste vor illegalen Einwanderern und vor Kriminaltouristen zu schützen.

2. Nein zur Delegation der inneren Sicherheit

Mit Schengen - so glaubt man - würden die Probleme der inneren Sicherheit in der Schweiz bequem von den Staaten mit EU-Aussengrenzen gelöst. Man ist der Ansicht, dass sich die Schweiz höchstens finanziell an der Sicherheit an den Aussengrenzen beteiligen müsste. Doch dies ist eine Illusion. Bereits heute gelangen in Banden organisierte, gewalttätige Kriminelle an unsere Landesgrenze. Diesen an der Schweizerischen Grenze angehaltenen Personen ist in der Regel bereits die illegale Überschreitung der Schengen-Aussengrenze gelungen. Obwohl das Schweizer Grenzwachtkorps (GWK) heute grösstenteils mit Stichprobenkontrollen arbeitet, hat es im Jahre 2003 über 100'000 Personen am Grenzübertritt in die Schweiz gehindert, rund 34'063 Personen der Polizei übergeben und gegen 8'000 Illegale aufgegriffen. Im ersten Semester dieses Jahres stieg die Zahl der an die kantonalen Polizeikorps übergebenen Personen gegenüber dem Vorjahr um über 10 % an.

3. Nein zur Förderung der illegalen Einwanderung

Die löchrigen Schengen-Aussengrenzen haben zu grossen Problemen mit der illegalen Einwanderung geführt. Im Jahre 2002 etwa hat Spanien an die 500'000 Südamerikaner einwandern lassen, die sich dann in den verschiedenen EU-Ländern niedergelassen haben. In Polen arbeiten heute etwa 300'000 illegale Ukrainer, denn bisher waren Touristenvisa relativ einfach zu bekommen. Weil die neuen EU-Mitglieder noch nicht einmal die Schengener Bestimmungen erfüllen, bedeuten die Grenzen zwischen Polen und Litauen einerseits, Weissrussland und der Ukraine andererseits, noch ein massives Sicherheitsrisiko. (Medien-)Berichten zufolge profitieren täglich um die 1000 illegale Einwanderer aus Osteuropa, Südosteuropa, Afrika und Asien von diesem Sicherheitsrisiko. Weiter gehe der russische Geheimdienst davon aus, dass in Weissrussland rund 150'000 Flüchtlinge aus Afghanistan und mehr als 100'000 Chinesen sowie in der Türkei rund eine Million Menschen vor der illegalen Einreise nach Europa stehen. Mitte August 2004 war den Medien zu entnehmen, dass Bulgaren ihre gültigen Reisepässe für bis zu 2000 Euro an illegale EU-Einwanderer verkaufen. Für bis zu 5000 Euro böten sie neben einem Pass auch noch

den Führerschein und den Personalausweis an, und lassen sich anschliessend für wenig Geld von ihrem Staat neue Papiere ausstellen. Der Handel der Bulgaren blüht seit rund drei Jahren, weil diese seit diesem Zeitpunkt visafrei in die EU-Schengen-Staaten einreisen dürfen.

4. Nein zu einem Pseudo-Sicherheitssystem

Findet sich ein Land mit grösseren Sicherheitsrisiken konfrontiert (z. B. Fussball-WM 1997 in Frankreich, G8-Gipfel 2002 in Genua und 2003 in Evian, Fussball-WM 2004 in Portugal, Prinzenhochzeit 2004 in Spanien) hat es gemäss dem Schengener Durchführungsabkommen die Möglichkeit, für eine begrenzte Zeit die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Doch mutet es nicht komisch an, dass ein System genau dann, wenn es am meisten bestehen sollte, ausser Kraft gesetzt werden muss? Nach dem Terroranschlag in Spanien haben auch Spanien und Frankreich die Grenzkontrollen wieder eingeführt, weil sie dem angeblich verstärkten Schutz an der Aussengrenze zu Recht misstrauten.

5. Nein zu noch mehr Kriminalität

Mit Schengen wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit krimineller Organisationen über die Grenzen hinweg massiv erleichtert. Einbrecher, Autoschieber, Bankräuber, Zuhälter, Rauschgift- und Menschenhändler, Zigaretten- und Alkoholschmuggler aus dem Osten werden es unter den neuen Verhältnissen viel einfacher haben, in die Schweiz zu kommen. Dies wird vom Bericht des Bundesamtes für Polizei (fedpol) zur inneren Sicherheit 2003 bestätigt. Gemäss Kriminalstatistik ist in der Schweiz die organisierte, grenzüberschreitende Bandenkriminalität in den letzten Jahren massiv angestiegen. Aus einem Ende Juni vom Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Flüchtlinge (BFF), dem Bundesamt für Polizei (fedpol) sowie dem Grenzwachtkorps (GWK) vorgelegten Bericht zur illegalen Migration geht hervor, dass die Probleme im Bereich der illegalen Migration in erster Linie die Kriminalität, die Schwarzarbeit sowie Missbräuche im Asyl- und Ausländerrecht betreffen. Als Massnahme dagegen wird nicht etwa der Beitritt zu Schengen/Dublin, sondern vielmehr eine Verstärkung der Personenkontrollen an der Grenze und im Inland gefordert.

6. Nein zum Souveränitätsverlust der Schweiz

Mit dem Beitritt zum Schengener Vertrag müsste die Schweiz im Bereich der Sicherheitspolitik nicht nur den vollständigen und sehr umfassenden Inhalt des heutigen Vertrages, sondern auch die künftige Weiterentwicklung des Rechtes durch die EU, d.h. den „Schengen-aquis“ automatisch übernehmen. Zwar wird der Schweiz ein Mitwirkungs-, nicht aber ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Falls die Schweiz eine neue Massnahme nicht übernimmt, wird ihr das Abkommen gekündigt. Solches ist mit unseren Volksrechten nicht vereinbar, wird doch dadurch unser Selbstbestimmungsrecht und damit unsere Souveränität massiv beschnitten.

NEIN zu Schengen / Dublin

7. Nein zu fremdem Recht und fremden Richtern

Das höchste Gericht, welches eine für den gesamten Schengen-Raum einheitliche Rechtsanwendung garantieren muss, ist der EU-Gerichtshof in Luxemburg. Auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz, welche sich dem Schengen-Vertrag anschliessen wollen, müssen den EU-Gerichtshof in diesem Bereich als oberste gerichtliche Instanz anerkennen. Die Schweizer Gerichte müssten inskünftig ihre Entscheide regelmässig an den gemischten Ausschuss übermitteln und in einem jährlichen Bericht an den gemischten Ausschuss darlegen, wie die Bestimmungen des Schengener Vertrages angewendet werden. Für die Schweiz bedeutet dies eine Unterstellung unter fremdes Recht und fremde Richter, was eines freien Staates unwürdig ist.

8. Nein zur Übernahme der EU-Visapolitik

Die Tourismusbranche argumentiert, dass heute Touristen mit einem Schengen-Visum einen Bogen um unser Land machen würden, und sie demzufolge, vom Schengen-Beitritt nur profitieren würde. Dem ist nicht so. Bei einem Schengen-Beitritt müsste die Schweiz zugunsten einer Harmonisierung zahlreiche Kompetenzen an Brüssel abgeben und dabei ihre freie Visapolitik verlieren. Die Schweiz kann heute von sich aus die Visumpflicht gegenüber anderen Ländern aufheben, anerkennen oder einführen. Unter Schengen aber müsste sie alle „Schengen-Visa“ anerkennen und so gleich bei einem Schengen-Beitritt für 17 Staaten neu die Visumpflicht einführen. Demgegenüber müsste sie beispielsweise chinesischen Touristen die Einreise in die Schweiz bewilligen, was der Bundesrat heute aus Sicherheitsgründen ablehnt.

9. Nein zur Aufgabe unserer Waffentradition

Mit einem Beitritt zu Schengen lässt sich die Schweiz ein neues Waffengesetz diktieren. Die unter anderem im Schengen-Vertrag vorgesehenen Massnahmen wie ein Erwerbs- und Besitzverbot für militärische Feuerwaffen, ein Bedürfnisnachweis für den Waffenerwerb, die Einführung eines europäischen Feuerwaffenpasses, eine Waffenerwerbsscheinpflicht bei privaten Handänderungen und beim Erbgang sowie die Pflicht zur Einreichung eines Doppels des Waffenübertragungsvertrages an die Polizei für privilegierte Repetierwaffen etc. würden unser bisheriges, freiheitliches Waffenrecht und die schweizerische Waffentradition beenden.

10. Nein zur Dubliner Illusion

Das Abkommen legt fest, dass ein aus einem Nicht-EU-Land stammender Asylsuchender allein in jenem Schengen-Land Asyl erhalten kann, welches er als erstes betreten hat. Die dafür eingeführte Eurodac-Datenbank, mit welchem den Asylsuchenden bei deren Einreise in die EU der Fingerabdruck abgenommen und elektronisch in der Datenbank gespeichert wird, führte aber nicht zum gewünschten Ziel: Viele EU-Staaten nehmen den Asylsuchenden deren Fingerabdrücke gar nicht ab, damit sie nicht als Erstasyl-Land gelten und diese später nicht zurücknehmen müssen. Die Schweiz aber wird das Dubliner Übereinkommen wohl - wie sie dies bei allen völkerrechtlichen Abkommen tut - buchstabengetreu umsetzen. Damit würde sie bestimmt mehr Asylsuchende zurücknehmen müssen als die 20 %, welche sich der Bundesrat damit zurückzuweisen erhofft.

Bilaterale II: ein Reinfall

Die anderen Parteien, die Wirtschaft und die Medien haben schon „Bilaterale II Ja!“ gerufen, bevor der Vertrag, bevor die Botschaft des Bundesrates, bevor die Resultate und Folgen überhaupt vorlagen. Dabei geht es bei Schengen und den gesamten Bilateralen II um weit reichende Abkommen. In der Botschaft zu den Bilateralen I hielt der Bundesrat 1999 noch fest, „dass Verhandlungen für jene Bereiche nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind (Zollunion, Währungsunion, Schengen (!), Aussenhandels- und Sicherheitspolitik“. Heute heisst es in der Botschaft des Bundesrates zu den Bilateralen II: „Als die EU die Schweiz im Jahre 2000 zur Aufnahme von Verhandlungen über die Zinsbesteuerung aufforderte, sah die Schweiz die Gelegenheit gekommen, ihre alten (!) Anliegen betreffend einer Beteiligung an Schengen und Dublin wieder aufzunehmen.“ Unglaublich! Innerhalb weniger Monate hat die Regierung also ihre Haltung fundamental geändert: Ist das nun Unbedarftheit oder vorsätzliches Anlügen? Am 26. Oktober 2004 sagt Bundespräsident Deiss gegenüber dem *Tages-Anzeiger*: „Im Bereich direkter Steuern bleibt das Bankgeheimnis unangetastet.“ Das heisst im Klartext: Bei den indirekten Steuern haben wir das Bankgeheimnis aufgegeben. Obschon Bundesrat Villiger früher versprach, das Bankgeheimnis sei nicht verhandelbar. Mittlerweile wurde das Bankgeheimnis verhandelt und nach Meinung des Gutachters Professor Oberson „ausgehöhlt“: „Das Zugeständnis der Schweiz bei den indirekten Steuern schlägt eine tiefe Bresche ins Bankgeheimnis.“ (SonntagsZeitung, 30.5. 2004) Die Schweiz hat sich von der EU, namentlich von Deutschland, ein Zinsbesteuerungsabkommen aufzwingen lassen. Damit spielen wir für die EU den Steuervogt, geben 75 Prozent der Erträge an die EU ab, dehnen die ausländische Steuerhoheit auf die Schweiz aus, verlieren Kunden und beschädigen den Finanzplatz massiv. Mit Schengen öffnen wir die Grenzen für Kriminelle und Illegale. Mit der Personenfreizügigkeit schaffen wir mehr Arbeitslosigkeit im Land. Das Betrugsdossier untergräbt das Bankgeheimnis. Bei den übrigen Dossiers darf die Schweiz der EU zahlen, zahlen und zahlen... Diese Abkommen übervorteilen die Schweiz auf der ganzen Linie. Ein solches Ergebnis ist nur für jene positiv, die durch die Hintertüre den EU-Beitritt vorbereiten. Insofern hat Peter Bodenmann mit Recht seinen Genossen zugerufen: „Wir stimmen nicht über Schengen oder Dublin ob, sondern über Europa.“

Nationalrat Christoph Mörgeli, Uerikon (ZH)

Das Kind im Mittelpunkt der Schweizerischen Bildungspolitik

Seit ungefähr 15 Jahren sind unsere Schulen zu Baustellen geworden, wobei sich die direktbetroffenen Lehrpersonen nur am Rande zu den „Umbauvorhaben“ äussern können. Die Reformen im Bildungswesen setzen sich allzu oft auch über die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler hinweg.

Reformen hinterfragen

Linke Parteiideologen und selbsternannte „Bildungsexperten“ aus der Wirtschaft (z.B. avenir suisse, NZZ, 29.6.04) beherrschen die Bildungsdebatten und bestimmen die Reformschritte in der Schweizerischen Bildungspolitik. Auch die eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), ein politisches Gremium, welches den Auftrag zur Koordination der kantonalen Bildungssysteme hat, entscheidet ohne professionelles Wissen über wichtige Bildungsfragen. Seit diese bildungsfremden Wirtschaftsverbands- und Behördemitglieder, welche oft die Schweizerischen Bildungs- und Ausbildungssysteme nur als ehemalige Schüler oder Studierende kennen, die Reformen im Schweizer Bildungswesen vorantreiben, sind wir im internationalen Vergleich immer schlechter geworden. Noch vor 15 bis 20 Jahren wurden unsere Schulen von der OECD als vorbildlich bewertet. Vor allem das breite Allgemeinwissen, das unsere Schüler nach der obligatorischen Schulzeit aufwiesen, aber auch die einzigartige, duale Berufsausbildung (gleichwertige praktische und theoretische Ausbildung) und der hohe Standard der Schweizerischen Matura genossen im Ausland grosses Ansehen. Anstatt die Vorzüge unserer Schulen und Ausbildungsstätten zu pflegen und schrittweise weiterzuent-

wickeln, wurden Besonderheiten liquidiert und unser Schulsystem weniger erfolgreichen, ausländischen Bildungssystemen angepasst.

Voraussetzungen für den Lernerfolg

Trotz familienergänzenden Einrichtungen bleibt die Familie der wichtigste Faktor für ein harmonisches Gedeihen des Kindes. Stabile Verhältnisse, verlässliche und tragfähige Beziehungen, emotionale Bindungen und eine anregende, förderorientierte Umgebung sind die besten Garantien für eine harmonische Entwicklung und den Lernerfolg des Kindes.

Damit das Kind Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein aufbauen kann, sollten ihm seinem Entwicklungsstand entsprechende Betätigungsfelder zur Verfügung gestellt werden. Dem grossen Bewegungsbedürfnis des Vorschul- und Unterstufenkindes gilt es Rechnung zu tragen. So stellte Diem in einer Studie fest, dass Kinder mit vielen Bewegungs- und Sinneserfahrungen bei Intelligenztests besser abschnitten als Kinder, welche in einer bewegungsarmen Umgebung lebten.

Die Lernfähigkeit ist aber auch abhängig von einer harmonischen Entwicklung einer Reihe von Gehirnbereichen wie dem Seh-, Hör-, und Tastzentrum. Dabei spielt das Gehör für den Leseprozess

eine grosse Rolle, und es kann festgestellt werden, dass die Entwicklung der Vorschulkinder in den seltensten Fällen für den Leseprozess bereit ist.

Seit der Veröffentlichung der Resultate der PISA-Studie (Program for International Student Assessment) mit den schlechten Leistungen der 15-jährigen Schweizer Schüler und Schülerinnen in den Bereichen Lesefähigkeit / Leseverständnis, wurde hoffentlich vielen Eltern ihre Verantwortung bewusst. Denn ein Kind lernt seine Muttersprache nicht primär in einer Gruppe von Gleichaltrigen, sondern in einem sozialen Umfeld, in welchem die korrekte Sprache gehört und möglichst oft angewendet werden kann. Unsere Kinder müssen mit der deutschen Sprache bereits eine Fremdsprache lernen. Die Mundart kennt zum Beispiel nur das Präsens und das Perfekt, alle anderen Zeiten müssen im Deutschunterricht zusätzlich erarbeitet werden. Auf der Basis eines breiten Sprachverständnisses können später einfacher weitere Fremdsprachen erlernt werden.

Gründe für die schlechte Lesekompetenz?

Da in Finnland, welches in der „PISA-Studie“ eine Spitzenposition einnimmt, auch erst mit 7 Jahren eingeschult wird, kann auf eine Früheinschulung problemlos verzich-



► Sabina Geissbühler-Strupler, Bildungskommission SVP

tet werden. Es muss klar darauf hingewiesen werden, dass das *Einschulungsalter* für die grosse Mehrheit der Kinder *bedürfnisgerecht* und nicht willkürlich festgelegt wurde. Zu dieser Zeit ist meist der Gestaltwechsel abgeschlossen und das „Ich-Bewusstsein“ gefestigt. Die Schulbereitschaft und Schulreife eines Kindes kann an drei Faktoren erkannt werden: An seinen *intellektuellen Fähigkeiten*, seinem *sozialen* und *emotionalen Verhalten*, sowie seinem *körperlichen Entwicklungsstand*.

Übrigens haben die Finnen eine grosse Lesetradition, die wohl wegen den langen Winterabenden entstanden ist. Auch werden ausländische Fernsehbeiträge und Kinofilme nicht synchronisiert, sondern unvertitelt, so dass sich das Gehör des Kindes an Fremdsprachen (meist die Englische Sprache) gewöhnt.

Die Ausländerquote liegt in Finnland bei knapp 2%, bei uns in der Schweiz sind hingegen durchschnittlich 21% Immigrantenkinder.

Welche Schlüsse müssen aus den entwicklungs- und situationsbedingten Erkenntnissen gezogen werden?

► Da bei einer Umfrage



bei Erstklässlern 87% der Kinder „Sport“ als ihr Lieblingsfach angaben, und kleine Kinder bekanntlich durch vielfältige Bewegungs- und Sinneserfahrungen ihr Gehirn ausbilden, sollten *tägliche Bewegungsangebote* zum Bildungsauftrag von Kindergarten und Schule gehören.

▶ Da ein Vorschulkind oft in einer grösseren Gruppe überfordert ist, und die in diesem Alter wichtige Sprachentwicklung ständige Kommunikation verlangt, muss diesen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Deshalb sollten *Fremdsprachige in eigenen Klassen* gezielt gefördert werden. Wollen wir eine Verbesserung unsere Ausbildungsstätten, müssen die *Klassengrössen reduziert* werden.

▶ Die erwähnten Bildungsangebote im Vorschulalter sind so umfangreich, dass unbedingt von *einer früheren Einschulung abzuraten* ist. Auch der Forderung

den *Fremdsprachenunterricht* bereits im Unterstufenalter einzuführen, sollte höchstens *auf freiwilliger Basis* entsprochen werden. Dafür muss unsere Kultursprache, das Hochdeutsche, gepflegt werden.

▶ Piaget und andere Entwicklungsforscher konnten beim elfenhalbjährigen Kinde die besten Lernfortschritte und die optimalste Aufnahmefähigkeit feststellen. Demnach ist es angebracht, den Schulübertritt nach dem sechsten Schuljahr zu vollziehen. Selektionsprozesse, die als Vorkehrungen zur differenzierenden Förderung des einzelnen betrachtet werden müssen, sind sinnvoll. Das Führen von *verschiedenen Schultypen* stärkt die Lernbereitschaft und den gesunden Leistungswillen, ohne dass schwächere Schülerinnen und Schüler dauernd demotiviert werden. Deshalb müssen die Reformvorschläge, welche eine *Integration* von verhaltensgestörten

und lernbehinderten Kindern in Regelklassen fordern, *verhindert* werden. Englische und deutsche Schulen haben vor etlichen Jahren solche Reformen durchgeführt und beklagen heute grosse Qualitätseinbussen.

▶ Eine gute Bildung orientiert sich an der Persönlichkeit des Kindes, damit „Jedes das Seine“ und nicht „Jedes das Gleiche“ erlernen kann. Das Leistungskriterium muss als das sozial gerechteste betrachtet werden. Den sogenannten „Bildungsexperten“ muss klar gemacht werden, dass die Berufsausbildung erst nach der obligatorischen Schulzeit beginnt, und dass es nicht das Ziel der öffentlichen Schule ist, unsere Kinder als kleine Informatiker, kleine Kaufleute oder kleine Journalisten auszubilden.

▶ Die Wirtschaft täte gut daran, mit *Teilzeitstellen* den Eltern die Verantwortung für die harmonische Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu

ermöglichen.

▶ Das Kind hat ein Recht spielend die Welt zu entdecken, „*das Verschwinden der Kindheit*“ (Postman) *muss gestoppt werden*.

Es ist zu hoffen, dass SVP-Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker aus Gemeinden, Kantonen, aber auch Exponenten, welche sich mit der Schweizerischen Bildungspolitik befassen, einen gemeinsamen Weg aus der sich anbahnenden Bildungsmisere suchen werden. Wir dürfen Bildungsfragen nicht mehr länger den linken Parteien und der Wirtschaft überlassen. Reformen dürfen erst eingeführt werden, wenn das bestehende System offensichtliche Mängel aufweist und die Ergebnisse nicht den Vorstellungen entsprechen. Eine grosse SVP-Bildungstagung zur Erarbeitung einer bürgerlichen Bildungsstrategie wäre von Nöten. ◀

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
 CH-9565 Bussnang
 Telefon +41 (0)71 626 20 20
 E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Neu im SVP-Shop:

Der ideale Wander-Rucksack!

| | | | |
|-------|-----------------------|--|------------|
| | Expl. Rucksack | schwarz, hochwertiges Gewebe, angenehme Tragriemen | Fr. 25.-- |
| | Expl. Sitzungsmappe | schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung | Fr. 49.-- |
| | Expl. Sonnenbrille | rot, mit Schweizer Kreuzen und drei versch. Gläsern | Fr. 129.-- |
| | Expl. Pin | Jetzt endlich erhältlich! (ab 10 Stk./Fr. 4.--) | Fr. 5.-- |
| | Expl. Polo-Shirt | <input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL, XXL) | Fr. 40.-- |
| | Expl. Post-it | Block à 50 Blatt | Fr. 2.-- |
| | Expl. Offiziersmesser | Original Victorinox | Fr. 20.-- |
| | Expl. Kleber | Bogen à 35 Kleber | Fr. 6.-- |
| | Expl. Jass | <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz | Fr. 3.-- |
| | Expl. Ballone | Sack à 50 Stück | Fr. 40.-- |
| | Expl. Kugelschreiber | | Fr. 2.50 |



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Kalender 2005

Klassiker der politischen Werbung: Plakate, die bewegen. 1992–2004

**Der ultimative
Politik-Jahreskalender 2005*
mit allen herausragenden
Abstimmungs- und
Wahlplakaten der letzten Jahre.
Ein «Muss» für jeden Freund
von SVP und AUNS!**

*inkl. kantonale und eidgenössische Abstimmungsdaten



Ich bestelle ... Exemplar(e) des Kalenders 2005 «Klassiker der politischen Werbung: Plakate, die bewegen. 1992–2004» (4farbig, hochglanz, Format 33x48 cm)

zum Preis von Fr. 37.70 pro Exemplar inkl. Versandkosten und MwSt.

zum Preis von Fr. 50.– pro Exemplar inkl. Spende von Fr. 12.30 für die Schengen-Abstimmungskampagne, Versandkosten und MwSt.

Nachname

Vorname

Adresse

PLZ

Ort

Unterschrift

Bitte senden oder faxen an:

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Postfach 331, 8030 Zürich
Fax: 043 499 24 01

Erfolgreiche politische Werbung bewegt, entfacht Diskussionen und überzeugt. Zusammen mit unseren Auftraggebern entwickeln wir seit Jahren solche Kampagnen. Daraus entstehen Plakate, die zu den Klassikern der politischen Werbung zählen.

Den Freunden pointierter politischer Kommunikation stellt GOAL AG die zwölf besten Abstimmungs- und Wahlplakate als Jahreskalender zur Verfügung. Die einmalige Edition bietet einen spannenden Überblick über die bewegendsten Abstimmungs- und Wahlkämpfe der letzten zwölf Jahre.

Bestellen Sie noch heute. Limitierte Auflage!



Basler SVP neu die wählerstärkste Kraft im Kanton

Die Basler SVP ging am 24. Oktober bei den Grossratswahlen als klare Siegerin auf bürgerlicher Seite hervor. Sie ist neu mit 12% Wähleranteil und 15 Sitzen die wählerstärkste bürgerliche Kraft des Stadtkantons.

Allerdings bei Betrachtung des politischen Gesamtbildes des Kantons kann man mit diesen Ergebnissen nicht zufrieden sein. Mit 74 von 130 Sitzen hat die SP mit ihren linken Verbündeten und der mehrheitlich links politisierenden Mitte DSP und VEW faktisch die Mehrheit im Parlament errungen. Die LDP und CVP mussten herbe Verluste hinnehmen.

Mit einem Sitzgewinn und 2 % mehr Wähleranteilen im Vergleich zu den Wahlen 2000 kann die Basler SVP angesichts der linken Welle, welche sich bereits bei den eidgenössischen Wahlen im 2003 in Basel abzeichnete, sicherlich nicht ganz zufrieden sein. Dennoch: Vor wenigen Monaten hätte kaum jemand mit einem Zuwachs gerechnet. Es herrschte da und dort die Meinung vor,

dass die Abspaltung einiger Amtsträger Schaden könnte. Das hinein in den „Knatsch“ hat sich gelohnt – wir sind gestählt daraus hervorgegangen. Der Aufstand wurde zu einem veritablen Rohrkrepiere. Die neue Partei ist von der Politbühne sang und klanglos verschwunden. Faktisch hat die SVP also nicht einen Sitz dazu gewonnen, sondern deren neun.

Dieses Ergebnis verdanken wir dem ungeheueren Engagement des Vorstandes, aber auch dem grossen Einsatz aller an den Wahlen beteiligten Kandidaten sowie dem Support unserer Mitglieder und Sympathisanten. Das Stimmvolk unseres Kantons hat damit klar zum Ausdruck gebracht, dass sie nur eine klare, konsequente und geradlinige Politik zu schätzen wissen. Gerade deshalb haben sie

der SVP ihre Stimme gegeben. Diese Politik wird auch in den kommenden vier Jahren von den wieder- bzw. neu gewählten Grossräten fortgeführt.

Bei den Regierungswahlen ist unsere Parteipräsidentin und Grossrätin Angelika Zanolari alleine gegen zwei Vierertickets angetreten. Auf der einen Seite die zusammengeschweisste Linke und auf der anderen Seite die traditionellen Bürgerlichen. Mit ihrer Kandidatur und dem beachtlichen Resultat von fast 9000 Stimmen, hat sie wesentlich zum SVP Erfolg bei den Grossratswahlen beigetragen. Angelika Zanolari verzichtet auf eine Teilnahme im 2. Wahlgang für die Regierungswahlen. Es liegt jetzt allein an den traditionellen Bürgerlichen, diese Scharte auszuwetzen. Sie haben für den Linksrutsch und den Ausgang



► Joël A. Thüring, Parteisekretär und Grossrat Basler SVP

des 2. Wahlgangs im Kanton Basel-Stadt nun die volle Verantwortung zu tragen. Die Basler SVP wird ihre Ziele auch in den kommenden vier Jahren – allen Widerwertigkeiten zum Trotz – beharrlich weiter verfolgen, bis sie zu positiven Resultaten führen. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass der politische Druck aufrecht erhalten bleibt. Hierzu werden wir die uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel voll ausschöpfen. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratetarif auf www.svp.ch

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

**Verantwortlich für die Redaktion:
Simon Glauser, stv. Pressesprecher SVP**

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse **„Druck“**



Kantons- und Stadtratswahlen

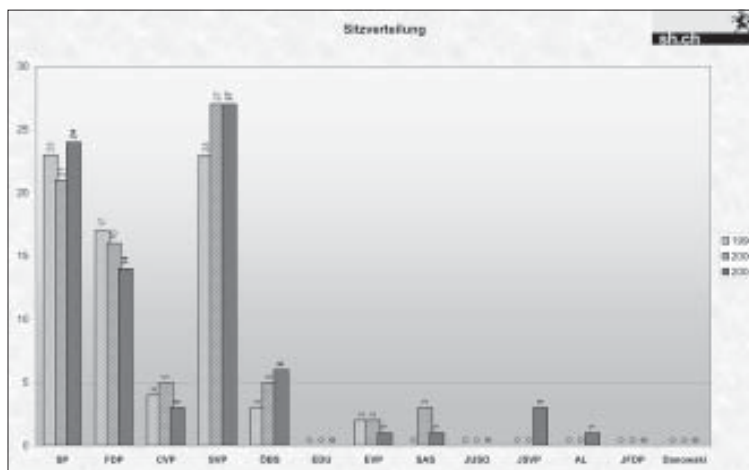
Wie schon in der Septemerausgabe erwähnt, verliefen für die SVP die Regierungsrats- und Gemeindepräsidentenwahlen im Kanton Schaffhausen erfolgreich. Von der insgesamt gültigen Stimmenzahl erreichten wir gut 31 %, die FDP erhielt 31,8 % und haben nun je zwei Regierungssitze. Die SP erhielt ohne Ernst Schläpfer 13,9 %, mit ihm 21,7 % Stimmen und hat einen Regierungssitz. Die ÖBS kam auf 13,2 % Stimmen und auf Vereinzelte entfielen 2,5%.

Kantonsratswahlen 2004

Auch im Kantonsrat haben wir bedeutende Achtungserfolge erzielt. Zu erwähnen sind vor allem die drei Sitze der Jungen SVP, und zwar in den Bezirken Stadt Schaffhausen, Reiat und Klettgau. Die Mutterpartei hat im Klettgau einen Sitz verloren, hätte eigentlich nach den Vorgaben einen Sitz dazu gewinnen sollen. Dieser Verlust konnte mit dem Sitzgewinn in Neuhausen kompensiert werden. Ab 2005-2008 haben wir somit 30 von 80 Sitzen gegenüber 27 in der zu Ende gehenden Legislatur, sind also stärkste Fraktion im Kantonsrat geblieben, gefolgt von der SP mit neu 24 gegenüber 21 Sitzen und der FDP mit 14 gegenüber 16 Sitzen. Die ÖBS hat zugelegt und neu 6 gegenüber 5 bisherigen Sitzen; die CVP verlor und hält neu nur noch 3 gegenüber 5 bisherigen Sitzen; die EVP verlor ebenfalls und zählt 1 gegenüber 2 bisherigen Sitzen; die Senioren-Allianz (SAS) verlor ebenfalls und hat noch 1 gegenüber 3 bisherigen Sitzen; die linke Alternative Liste (AL) gewann 1 Sitz; siehe Grafik Sitzverteilung im Kantonsrat 1996, 2000, 2004.

Stadtratswahlen 2004

Die Stadtratswahlen verliefen in zwei Etappen. Zuerst kamen die Wahlen in die beiden Vollämter, danach die Wahlen in die drei Halbämter. Die SVP trat bei beiden Wahlgän-



gen an und hatte sich das Ziel gesetzt, das Vollamt zu behalten und ein Halbamt zu gewinnen.

Es entwickelte sich allerdings anders. Für das Vollamt kam es parteiintern zu einem Doppelvorschlag von Cornelia Stamm Hurter und Edgar Zehnder. Edgar Zehnder erhielt intern knapp mehr Stimmen. Im darauf folgenden Wahlgang verlor die SVP das Vollamt, das sie innegehabt hatte deutlich an die SP-Frau Veronika Heller, die vom Halbamt ins Vollamt wechselte.

Für das Halbamt kam es parteiintern ebenfalls zu einem Doppelvorschlag. Der Präsident der städtischen SVP Alfred Zollinger erhielt intern knapp mehr Stimmen als Alfred Tappolet, welcher sich aus privaten Gründen in letzter Zeit aus der Politik zurückgezogen hatte. Der SVP-Kandidat Zollinger hatte in der städtischen Wahl Ende Oktober mit 3580 Stimmen zwar das absolute Mehr erreicht, doch errang die SP den

Sitz mit 4207 Stimmen. Der FDP-Stadtrat erhielt 5613. Damit verlor die SVP auch das Halbamt. Somit ist die SVP nach 16 Jahren im Stadtrat nicht mehr in der städtischen Exekutive vertreten.

Als Grund für den Verlust bei beiden Stadtratswahlgängen wird die mangelnde Unterstützung unserer Kandidaten durch die FDP festgestellt. Der bürgerliche Schulterchluss stimmte zwar für den FDP-Kandidaten, nicht aber für den SVP-Kandidaten. Zudem wurde nicht geschätzt, dass der SVP-Kandidat Zollinger bei einer Wahl in den Stadtrat das Präsidium des schweizerischen TCS behalten hätte; möglicherweise behagte einigen auch nicht, dass Alfred Zollinger schon im vorzeitigen Ruhestand ist und aus dieser Situation heraus noch das Stadtratsamt anstrebte. Die Stimmbeteiligung von 52 Prozent im zweiten Wahlgang war für Schaffhausen tief.

Meiner Meinung nach ist es für die SVP meist schwierig,

ein Exekutivamt zu erlangen. Doch haben es die Regierungsrats- und Gemeindepräsidentenwahlen gezeigt, dass es möglich ist. Voraussetzungen dafür sind, dass man sich innerhalb der Partei einigt und zusammenhält und ebenfalls mit der FDP ein gutes Verhältnis hat.

In der Stadt hatten wir dies, bis die SVP die Fraktionszusammenarbeit mit der FDP aufkündete. Zur Zeit ist es schwierig, „auf Befehl“ in wichtigen Situationen die Unterstützung der eigenen Parteimitglieder und breiter Teile der FDP zu haben, mit der man nicht einmal mehr in Fraktionen zusammenarbeiten kann. Vermehrt braucht es eine bessere Streitkultur mit Stil. Darunter verstehe ich, dass Probleme mit den Betroffenen angesprochen und ausdiskutiert werden und nicht versteckt oder gar nicht behandelt werden. Als Beispiel dafür muss wohl die Nicht-Wiederwahl von vier von acht ehemaligen SVP-Kantonsratsmitgliedern erwähnt werden. Sie wurden von der eigenen Partei und deren Sympathisanten nicht voll unterstützt, ohne dass zuvor offen und rechtzeitig mit diesen vier eigenen Kandidaten gesprochen worden wäre. Den Vertretern der Jungen SVP, die neu in den Kantonsrat einziehen werden, ist zu gönnen, dass sie die gewünschte Situation antreffen und selbst ebenfalls zu einer besseren Streitkultur beitragen.

Ausblick

Am 28. November 2004 finden die Wahlen in den Grossen Stadtrat in Schaffhausen statt. Die Junge SVP kandidiert auf der Liste der städtischen Mutterpartei. ◀

Gertrud Walch,
Mitglied Kantonalvorstand
SVP Schaffhausen



Wieso der Kanton Bern weiter konsequent entschulden muss

Für die Berner SVP hat seit längerer Zeit die Sanierung des Haushaltes Priorität. Der Schuldenabbau steht an erster Stelle. Nicht finanzierte Steuersenkungen bringen den Kanton nur tiefer in den Schuldenstrudel. Bern entschulden – Wirtschaftskraft fördern ist und bleibt darum das finanz- und wirtschaftspolitische Credo.

Die Steuern um 10 Prozent runter für alle: Über diese Steuersenkungsinitiative der Wirtschaftsverbände wird im Kanton Bern am 27. Februar abgestimmt. Gesenkt werden sollen die Kantonssteuern für die Steuerzahlenden, die Gemeindesteuern werden nicht tangiert. Nun ist die SVP-Kanton Bern gefordert. Denn weder die weitere Schuldenwirtschaft noch nicht finanzierte Steuersenkungen bringen den Kanton weiter.

Als die Initiative zustande kam und eingereicht wurde, hat die SVP die Lage beurteilt. Als Ergebnis hat sie sich - in Übereinstimmung mit ihren drei Regierungsgliedern - auf den Standpunkt gestellt: Der Steuersenkungsinitiative ist ein massvoller Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Dies um:

- ▶ dem Willen zur weiteren Sanierung des nach wie vor nicht gesunden Finanzhaushaltes unmissverständlich Ausdruck zu geben
- ▶ den Druck aufrechtzuerhalten, den Sanierungskurs konsequent weiterzuführen
- ▶ das Risiko einer Annahme der als nicht verkräftbar beurteilten Initiative zu reduzieren
- ▶ denjenigen Steuerpflichtigen, welche Schritte in Richtung Steuerreduktionen erwarten zu zeigen, dass man dieses Anliegen trotz des verfrühten Zeitpunkts nach wie vor unterstützt

Weder im Regierungsrat noch

in der vorberatenden Kommission des Grossen Rates ist es - trotz mehrer Anläufe und Vorarbeiten der SVP - gelungen, einen von der Mehrheit getragenen Gegenvorschlag zu unterbreiten. Jetzt setzen wesentliche Teile der Fraktion das Schwergewicht wieder darauf, den Haushalt nachhaltig zu sanieren. In einem zweiten Schritt können steuerliche Massnahmen beschlossen werden und zwar gezielt so, dass der Kanton Bern im Gesamtinteresse seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern kann.

Die Berner SVP wollte keine übereilte und giesskannenartige Steuersenkung. Weil ein sachgerechter Gegenvorschlag nicht mehr zu erreichen war, hat sie sich wieder konsequent auf ihre Grundposition gestellt: Zuerst mit Sanierungsmassnahmen den Haushalt sanieren - dann gezielt steuerlich entlasten. Für diese Grundhaltung gibt es zwei Handvoll guter Gründe. Was spricht für den konsequenten Schuldenabbau?

- ▶ Der über Jahre dem Stimmvolk in Aussicht gestellte, aber immer wieder aufgeschobene Schuldenabbau muss endlich Tatsache werden – sonst verliert die bürgerliche Politik ihre Glaubwürdigkeit
- ▶ Das Steuerpaket des Bundes wurde am 16. Mai 2004 verworfen, drohende Einnahmefälle werden nicht Tatsache
- ▶ Angesichts des Schuldenbergs von über 10 Mia.

Franken hätten allfällige Zinserhöhungen für den Kanton Bern gravierende Auswirkungen

- ▶ Neue Finanzquellen wie der NFA oder anstehende Desinvestitionen generieren Mittel für zusätzliche Schuldentilgung
- ▶ Statt einnahmeseitig wird aufwandseitig gespart => Das bannt die Gefahr eines weiteren Ansteigens der Schulden
- ▶ Die Massnahme Nummer eins des Wirtschaftsratesm Schuldentilgung, wird konsequent umgesetzt
- ▶ Insgesamt liegt die Steuerbelastung im Kanton für natürliche Personen immer noch gut 12 Prozent über dem schweizerischen Durchschnitt – Schuldenabbau macht mittelfristig eine Steuersenkung möglich
- ▶ Die Ausgaben von heute werden so nicht automatisch zu den Schulden von morgen (intergenerative Gerechtigkeit, wie es im Vortrag zum FLG heisst); die Schulden von heute sind die Steuern von morgen
- ▶ Senkt man Steuern, hat man keine Überschüsse für den Schuldenabbau. Das bernische Grundübel ist und bleibt die Verschuldung – der Schuldenberg muss abgetragen werden. Es nützt nichts, sich in einen ruinösen Steuerwettbewerb mit den angrenzenden Kantonen zu stürzen
- ▶ Von Steuererleichterungen verspricht man sich Impulse für die Konjunktur (Bezug nehmend auf den



▶ Christoph Neuhaus, lic.rer.pol., Geschäftsführer SVP Kanton Bern

Reaganismus der 80er Jahre). Allerdings ist ein Volumen von 100-500 Mio Franken auf die gesamte bernische Volkswirtschaft betrachtet ein vergleichsweise zu kleiner Betrag, um spürbare Impulswirkung zu entwickeln (im Kanton Bern beträgt das „Sozialprodukt“ um die 40 Mia Fr.)

- ▶ Die Einführung einer verordneten und durchgesetzten Schuldentilgung schafft innert kurzer Zeit eine Entlastung von Zinsen
- ▶ Alternativen wie ein Sanierungs-Steuerzehntel waren auch schon auf der politischen Agenda, kommen aber auf gar keinen Fall in Frage
- ▶ Durch diese Massnahme wird die gemäss Gutachten Leu (erstellt unter dem damaligen Regierungsrat und heutigen Ständerat Hans Lauri) empfohlene Schuldenquote von 20% mittelfristig erreicht
- ▶ Die Umsetzung des politischen Willen des Grossen Rates und des Regierungsrates sowie der Wahlversprechen bis 2006, die Entschuldung, ist ein Muss. ◀

Unternehmertum oder Staatstropf

Grossartig verhandelt mit der WTO, Herr Bundesrat Deiss! Offenbar sind Sie befriedigt ob der Resultate, die Sie als ausgewogen beurteilen. Den Bauern 1,5-2,5 Milliarden Franken pro Jahr vorzuenthalten scheint Ihnen eine normale Sache zu sein, denn auf dem Weg zum EU-Beitritt sind solche Kollateralschäden ja in Kauf zu nehmen.

Die SVP ist und bleibt heute die **einzige** Partei, welche die Interessen der Bauern vertritt. Sie hat den Beweis dafür mehrfach angetreten:

▶ Mit parlamentarischen Vorstössen forderte die SVP den Bundesrat in der Herbst-session 2004 auf, offen über die Verhandlungen mit der WTO Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen sollten zu einem ausgewogenen Resultat führen und nicht zu einem hausgemachten Schaden für die Schweizerische Landwirtschaft. Alle anderen Parteien haben die von der SVP verlangte dringliche Debatte dazu jedoch abgelehnt.

▶ Die SVP ist die einzige Partei, welche sich gegen den Beitritt zur EU stellt. Ein solcher Beitritt würde die Landwirtschaft dem freien Fall aussetzen. Wir behalten zudem die internationalen Verträge und ihre Konsequenzen auf den Primärsektor im Auge. Es ist aber auch klar, dass die Schweizerische Landwirtschaft stets auch bereit sein muss, sich den Entwicklungen anzupassen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in der omnipräsenten europäischen Konkurrenz zu erhalten.

▶ Die SVP verlangt Sofortmassnahmen, um die Kosten in der Landwirtschaft zu senken, denn dort liegt die Krux. Zu dichte Reglementierung, staatliche Auflagen für alles und jedes, ein starres Raumplanungsgesetz und detailreiche Umweltschutzvorschriften wirken kostentreibend. Zudem befassen sich fünf Bundesämter mit der Landwirtschaft. Man dürfte doch annehmen, eines würde genügen. Die Zeche für all dies bezahlen die Bauern.

▶ Die SVP fordert, dass in Zukunft, wenn Kürzungen der landwirtschaftlichen Beiträge unvermeidbar sind, diese auch automatisch mit einer Senkung der Produktionskosten einher gehen müssen.

Es würde zu weit führen, in diesem Artikel sämtliche Forderungen der SVP für die Schweizerische Landwirtschaft aufzuführen. Die Partei hat jedoch ein Papier erarbeitet, welches die Position der SVP zur Landwirtschaftspolitik ausführlich darlegt. Das Papier befindet sich gegenwärtig in Vernehmlassung bei sämtlichen Kantonalparteien der SVP. Nach der Überarbeitung auf Grund der Rückmeldungen aus den Sek-

tionen und Gremien wird das Dokument allen zur Verfügung stehen. Mit dem Landwirtschaftspapier zeigt die SVP, dass sie sich um das Wohl der Bauern kümmert und das Thema keineswegs scheut.

Und die Zukunft unserer Landwirtschaft?

Das wichtigste für die Zukunft unserer Landwirtschaft ist, sich nicht auf Europa zu fixieren, sondern den Markt genau zu analysieren mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Wir müssen uns des Rufs unseres Landes im Ausland bewusst sein. Die Schweiz gilt als Milch- und Käseland. Angesichts der von der EU vorgesehenen Agrarreformen mit der Kommerzialisierung der Milchproduktion seit 2003 sowie der Zunahme des Käsekonsums in Europa, hat der Milchmarkt in der Schweiz eine Zukunft. Dabei dürfen wohlgerne auch andere regionale Spezialitäten wie der Wein und Gemüse, die ebenfalls ihren Platz im Export haben, nicht vergessen werden.

Die hausgemachten Hindernisse, welche den Export behindern, sind aufzuheben, um den Handel von frischen Schweizerischen Produkten ins Ausland zu fördern. Dank der ausserordentlichen Qualität der einheimischen Produkte, brauchen Käufer kaum erst gesucht zu werden.

Im Weiteren ist den Bauern die Gelegenheit zu bieten, ihre Produkte vor Ort, also im natürlichen Umfeld, selber zu vermarkten. Dazu sind ihnen mehr Freiheiten in der Raumplanung zu gewähren.

Die Vorschläge der SVP für die Landwirtschaft lassen sich in ein paar Stichworten zusammenfassen: Weniger administrative Schikanen, mehr Autonomie durch weniger staatliche Kontrollen. Die Produktionskosten müssen sinken, damit der Bauer sich als Unternehmer betätigen und vom Tropf des Staates lösen kann.

Und noch ein Wort an Herrn Nationalrat Jean Dupraz aus Genf, welcher Bundesrat Blocher als schlimmsten Feind der Landwirtschaft betitelte: Es gibt wohl niemanden, der eine bäuerlichere Seele hat als Bundesrat Blocher.

Aus Sicht der SVP sollen die Bauern LEBEN und nicht bloss ÜBERLEBEN. ◀

Gilberte Demont
Koordinatorin
UDC CH-Romande

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Eine informative und aktuelle Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP stets auf dem Laufenden zu halten. Die Produktion und der Vertrieb dieser Zeitung ist mit hohen Kosten verbunden. Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Einzahlungsschein bei. Wiederum haben Sie so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Wie üblich garantieren wir Ihnen, dass Ihr Beitrag vollumfänglich für die Parteizeitung SVPja eingesetzt wird.

Selbstverständlich ist es auch immer möglich, die SVP-Parteizeitung mit einem Inserat zu unterstützen. Die aktuellen Inseratepreise finden Sie auf unserer Homepage www.svp.ch.